

(Abgeordneter Fleißner.)

A) so daß die Sache so kam, daß die Leute, obwohl sie bedeutend weniger Ware abzugeben hatten, doch trotz alledem mehr verdient haben; das geben sie auch ganz offen zu. Am Brot z. B., das wichtigste Lebensmittel, das wir jetzt haben, ist nie so viel verdient worden wie gegenwärtig und in der ganzen Kriegszeit. Es ist ganz unerhört, welcher Prozentsatz da verdient wird. Mit andern Produkten liegt es ganz ähnlich, mit dem Gemüse z. B., darauf ist schon hingewiesen worden. Kurz und gut, die Interpellation arbeitet auch nach dieser Richtung hin mit kolossalen Übertreibungen, und ich muß es stark zurückweisen, daß man hier den Glauben zu erwecken versucht, als wenn es wirklich so läge, wie in der Begründung der Interpellation gesagt wird.

Aber abgesehen davon: Ich habe gar keine Lust, meine Herren, und ich spreche da im Namen meiner Fraktion, daß wir uns jetzt noch auf lange Debatten in der Frage einlassen. Die Notlage des sogenannten Mittelstandes ist eine Frage der Entwicklung. Der Mittelstand kann eben nicht mit dem Großbetrieb konkurrieren, das ist das ganze große Geheimnis, und alles das, was die Zeit daher in der Gesetzgebung getan, was an Verordnungen versucht worden ist, alles das hat doch zu keinem Ergebnis geführt, weil es nicht dazu führen konnte. Man mag hier und da einzelne kleine Schäden geheilt haben, man mag hier und da einzelnen Personen haben helfen können, dem ganzen Stande aber kann man nicht helfen, das ist unmöglich, und gerade in der jetzigen Zeit erachten wir es um so mehr für unverständlich, daß man noch mit dieser Quacksalberei kommen will und einem gewissen Kreise von Leuten zu helfen versucht, die ihre Hilfe ganz wo anders suchen müssen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die ganze Wirtschaft umgestaltet werden muß, daß es doch so auf keinen Fall bleiben kann, wie es früher, vor dem Kriege, war, dann wird überhaupt der sogenannte gewerbliche Mittelstand in der bisherigen Form keine Daseinsberechtigung mehr haben. Die Leute werden natürlich, wenn sie wollen, arbeiten können, sie werden nützliche Arbeit verrichten an anderer Stelle; aber die sogenannte Selbständigkeit hat heute gar keinen Sinn und gar keinen Zweck mehr, denn der Begriff Selbständigkeit ist zunächst doch sehr vieldeutig, und was nützt es dem einzelnen, daß er selbständig ist, wenn er dabei Not leidet.

In der zukünftigen Wirtschaftsweise, in der sozialistischen Wirtschaft, wird doch vielmehr als bisher zum Ausdruck kommen, daß die Arbeiter die Träger des wirtschaftlichen Lebens sind, die Arbeiter im weitesten Sinne, nicht nur die Lohnarbeiter und die Handarbeiter, sondern wir meinen die Arbeiter überhaupt,

soweit sie physisch und geistig Nützliches schaffen. Und dann wird auch jedem das zukommen, was er haben kann und haben muß, und dann wird auch jeder an die richtige Stelle gestellt sein, wo er nützliche Arbeit verrichten kann. An dieser Organisation der Arbeit fehlt es eben in der kapitalistischen Wirtschaft, und die zweckmäßige Organisation der Arbeit ist es, was angestrebt werden muß; da kann es keinen Unterschied mehr geben zwischen gewerblichem Mittelstand und Arbeitern und anderen Berufsgruppen, der muß vollständig verschwinden.

Deshalb sage ich noch einmal: wir hätten es für geradezu nutzlose Zeitverschwendung, uns über diese Fragen zu streiten und Arbeiten verrichten zu wollen, die ganz ergebnislos bleiben müssen.

Vizepräsident Lipinski: Herr Abgeordneter Ziller hat das Wort.

Abgeordneter Ziller: Meine Damen und Herren! Wenn wir die Stellungnahme der Regierung von heute mit der früherer Zeiten vergleichen, so müssen wir zu unserem außerordentlichen Bedauern sehen, daß auch in die Regierung eine große Neuorientierung eingezogen ist. Wir bedauern außerordentlich die kühle Stellungnahme, die die Staatsregierung den berechtigten Wünschen des gewerblichen Mittelstandes entgegenbringt. Wenn auch die Form, die der Herr Regierungsvertreter anwandte, gut war, so müssen wir doch zugeben, daß die Sachlichkeit uns sehr enttäuscht. Wenn der Herr Regierungsvertreter ausführt, daß einzelne Glieder des Handwerkerstandes während des Krieges vorwärtsgelassen seien, so mag das zutreffen; das beweist aber nicht, daß die Mehrzahl der Handwerker sich nicht in tiefer Notlage befindet. Es entsteht deshalb für uns die Aufgabe und Verpflichtung, diesem Teile unserer Bevölkerung in gleicher Weise zu helfen, wie wir es bei den Arbeitern und Angestellten tun und z. B. durch Aufnahme von Notstandsarbeiten beabsichtigen.

Der Herr Regierungsvertreter hat des weiteren ausgeführt, daß es den Handwerkern trotz kleinen Umsatzes gelungen sei, doch noch größere Gewinne zu erzielen, die ihnen ermöglichten, durchzuhalten. Dies ist auch kein Vorzug, denn es muß den Handwerksmeistern schließlich dasselbe Recht, leben zu können, zugesprochen werden, wie anderen Gliedern des Volkes, die z. B. durch Teuerungszulagen oder durch größere Löhne usw. in ihrer Lebensführung gefördert worden sind. Es ist sehr bedauerlich, wenn wir hören, daß der Vertreter der Regierung u. a. ausführte, daß die Staatsregierung wohl bereit sei, den Mittelstand zu fördern, soweit er der

(A)

(D)

(I)